

Zu Ehren des österreichischen Schriftstellers und Europäers Zweig benennt das EU-Parlament heute das Brüsseler Atrium nach ihm.

Ein Haus, das Stefan Zweigs Namen trägt

VON IRATXE GARCÍA

Zu Ehren Stefan Zweigs benennt das Europäische Parlament heute eines seiner Brüsseler Gebäude nach dem Schriftsteller und Europäer. Die Botschaft seines Lebens und Werkes ist mehr denn je ein Weckruf an uns alle. Haben wir doch die tiefen Ursprünge des Übels vergessen, das Zweig zuerst ins Exil zwang und dann in Brasilien in den Freitod trieb: Ultrationalismus, Antisemitismus und Hass auf Minderheiten.

Ebenso wie die Gründergeneration der Europäischen Gemeinschaft im Zeitalter der europäischen Kaiserreiche geboren, wuchs Zweig im kosmopolitischen und polyglotten Wien auf. „Nirgends war es leichter, Europäer zu sein“, so der Schriftsteller. Doch der Fortschrittsglaube seiner Generation wurde jäh durch den Ersten Weltkrieg und den Aufstieg autoritärer und totalitärer Mächte zerschmettert. Rohe Gewalt besiegte die Vernunft. Angesichts von Ungewissheit suchten viele Schutz in Sicherheit. Auch um den Preis der Freiheit. Doch was ist Sicherheit ohne Freiheit schon?

Für Zweig, der sich selbst als „Österreicher, Jude, Schriftsteller, Humanist und Pazifist“ bezeichnete, war persönliche Freiheit das wertvollste Gut. Als er staatenlos wurde, schlug seine jugendliche Lebensfreude in Bitterkeit um. Musste er doch erleben, dass ein Mensch mit seinen Ausweispapieren nicht nur sein Land, sondern auch seine Würde und seine Menschenrechte verliert.

Seine Erinnerungen zeichnen den scharfen Widerspruch nach zwischen seinem europäischen Traum von Frieden und Einheit und der Gewalt, deren Zeuge er wurde. Alles beginnt mit der Unfähigkeit, Empathie zu empfinden. Zweig lehrt uns, Toleranz niemals als Zeichen von Schwäche, sondern als ethischen Grundwert zu schätzen. Deshalb müssen alle Alarmglocken läuten, wenn Politiker wieder Ängste und Vorurteile schüren und den „Anderen“ entmenschlichen. Wir Europäer dach-

ten lange, wir seien immun gegen dieses Gift – aber ist es zurück. Rechtsextreme Parteien gewinnen an Boden, auch im Europäischen Parlament. In den kommenden fünf Jahren gilt es zu zeigen, dass wir nur gemeinsam in unserer Vielfalt die Herausforderungen anpacken können.

Die EU wird oft als Familie beschrieben. Eine ganz schön vielfältige Familie. Sie wächst, sie verändert sich, jeder muss seinen Platz in ihr finden. Europa gehört uns allen. Damit Europa sich weiterentwickelt, müssen wir uns kennenlernen, miteinander reden und arbeiten. Das war der Traum von Stefan Zweig: ein offenes, ein solidarisches Europa.

Die EU, eine vielfältige Familie

Heute sind Stefan Zweigs Gedanken eine Anregung, um über Herausforderungen wie Klimanotstand, Migration, künstliche Intelligenz nachzudenken. Sind wir doch erneut mit einem rasanten und disruptiven sozialen und technologischen Wandel konfrontiert. Technologie muss den Menschen dienen, ihr Leben besser machen, Möglichkeiten für alle schaffen und das Überleben auf unserer Erde sichern. Das heißt vor allem: weg von den einseitigen Produktivitäts- und Wachstumsdiskursen und vor allem die Menschenwürde wieder ins Zentrum stellen.

„Aber wenn wir mit unserem Zeugnis auch nur einen Splitter Wahrheit aus ihrem zerfallenen Gefüge der nächsten Generation übermitteln, so haben wir nicht ganz vergebens gewirkt“, schrieb Zweig. Auch 77 Jahre nach seinem Tod wirkt die Kraft seines Werkes weiter. Wir verpflichten uns, das Andenken Zweigs lebendig zu halten, indem wir an einem offenen, solidarischen Europa mitwirken, das das Leben der Menschen besser macht.

Iratxe García (*1974) ist Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, auf deren Betreiben das Europäische Parlament das Atrium, den Gebäudeteil in Brüssel, in dem die Sozialdemokraten beheimatet sind, in Stefan Zweig-Gebäude umbenennen.

Migranten rechtfertigen soll, ist an Zynismus kaum zu überbieten. Es mag wenig erstaunen, wenn Premier Viktor Orbán wiederholte Entgleisungen dieser Art seines Stellvertreters kommentarlos übergeht. Umso mehr irritiert gerade auch im Ausland die Zurückhaltung des Klerus im traditionell katholischen Ungarn angesichts der menschenverachtenden Haltung von rechtskonservativen Politikern, deren Partei mit populistischem Getöse christliche Werte auf ihre Fahnen schreibt.

Bei näherer Betrachtung lässt sich die auffallende Diskretion der Kirchenvertreter mit ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit von der Orbán-Regierung erklären. Diese liegt an den josephinischen Erhaltungsstrukturen, die selbst den Kommunismus überstanden haben. Ungarns Priester wurden vom Staat bezahlt, und Orbán hält diese Praxis in Form finanzieller Unterstützung für die regierungstreuen kirchlichen Einrichtungen und ihre Amtsträger aufrecht. Abweichlern werden hingegen die

staatlichen Subventionen gekürzt oder entzogen. Eine etwa mit Österreich vergleichbare zweckgebundene Kirchensteuer gibt es in Ungarn nicht.

Das Wohlwollen der Regierungspartei ist somit für den Klerus und seine Strukturen eine existenzielle Voraussetzung. Dass die Kirche in ihrem Verständnis als ethisch-moralische Instanz und gesellschaftspolitisches Korrektiv öffentlich kaum in Erscheinung tritt, wird dem forcierten Anspruch des Fidesz auf ein ungestörtes Meinungsbildungsmonopol wohl eher nicht zuwiderlaufen.

Dr. Stefan B. Szalachy, M.A., 2340 Mödling

„Die Natur verzeiht eben keine Fehler“

„Eine Freiheit ohne Wahl“ von Franz Schandl, „Spectrum“, 7. 12. Man muss kein konservativer Katholik wie Patrick J. Deneen sein, um zu erkennen, dass der politische Liberalismus eine fragwürdige Ideologie ist. Mit seinem scheinbaren Widerpart, dem

Sozialismus, hat er ein verzerrtes Menschenbild gemein. Letzterer vergötzt das Kollektiv, der Liberalismus das Individuum. Beide Ideologien versprechen Freiheit, führen aber tatsächlich neue Zwänge ein. In unserer angeblich freien und offenen Gesellschaft herrscht durch die Political Correctness faktische Zensur. Deneen hat recht, wenn er von zunehmender Entwurzelung und Geschichtslosigkeit des westlichen Menschen schreibt. Mann, Frau, Familie und Gemeinschaft sind das Ergebnis biologischer und kultureller Evolution und keinesfalls reaktionäre „Konstrukte“.

Konstrukte sind vielmehr die 60 Geschlechter des Gender-Mainstreaming. Als tragische Figuren der Entfremdung von den natürlichen Grundlagen humaner Existenz sehen wir homosexuelle Paare, die ihr Kind von indischen Leihmüttern austragen lassen, und Karrierefrauen, die glauben, auf Kinder verzichten zu müssen. Das Scheitern des radikal-liberalen Gesellschaftsmodells offenbart

sich folgerichtig im dramatischen Rückgang der Geburten in den westlichen Ländern. Die Natur verzeiht eben keine Fehler.

DI Werner Grandl, 3430 Tulln

„Putin ist schlau, Kneissl ist klug“

„Kneissls ‚Prinz Eugen‘ im Moskauer Puschkin-Museum“ von Jutta Sommerbauer, 7. 12. Der ausgezeichneten Russland-Korrespondentin muss hier widersprochen werden, wenn sie Karin Kneissl eine „Romanze mit dem Krimi“ vorwirft, weil diese ihr ins Russische übersetzte Kinderbuch über Prinz Eugen, das „gerüchtele“ (!) Putin gefiel, im Rahmen einer Veranstaltung des österreichisch-russischen Dialogforums (!) präsentieren wird. Ein Buch „über den Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Osmanen“ diene nicht der Völkerverständigung. Aber nicht Prinz Eugen war der Aggressor, das waren die Osmanen unter Sultan Achmed III.! Prinz Eugen befreite den Balkan mit

kluger Taktik und persönlichem Mut in drei Schlachten (Mohács, Peterwardein, Belgrad).

Kneissl (sie ist bis heute parteilos) spricht fünf Sprachen, darunter Russisch und Arabisch. Sie hat die große Perspektive und sieht die Beiträge Russlands zur europäischen Literatur, Musik und Malerei. Wir hoffen wie Kneissl und viele Russen auf ein besseres, ein europäisches Russland nach Putin. Putin ist schlau, Kneissl ist klug.

Dr. Günter Lachawitz, 3400 Klosterneuburg

IMPRESSUM: DEBATTE

Leitung: Mag. Anna-Maria Wallner, LL.M.
Twitter: @media_wall
E-Mail: debatte@diepresse.com
Redaktion Leserbriefe: Henriette Adrigan, Ursula Mayer
E-Mail: leserbriefe@diepresse.com
Debatte Online: diepresse.com/debatte
Debattenbeiträge müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen.
Leserbriefe: Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zeilen, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.

QUERGESCHRIEBEN

VON ANNA GOLDENBERG



Die Abschiebungen nach Afghanistan sind eine Schande

Ein Recht auf ein faires Verfahren und Schutz vor Willkür, die in Afghanistan droht, haben nicht nur „Vorzeigeflüchtlinge“, sondern alle.

Zum Beispiel Samir. Zweimal war die Polizei schon da, um den 36-Jährigen aus dem niederösterreichischen Dorf zu holen, in dem er seit 2015 lebt. Sie konnten ihn nicht mitnehmen, weil er nicht an seinem Wohnort war. Es ist aber nur eine Frage der Zeit, bis sie ihn finden: Sein Antrag auf humanitäres Bleiberecht wurde im November abgelehnt. Früher oder später wird er abgeschoben werden, nach Afghanistan, ein Land, in dem er noch nie gelebt hat.

Samir, der eigentlich anders heißt, ist Hazara, im Iran geboren und aufgewachsen. Die Hazara sind eine schiitische Minderheit, die im sunnitischen Afghanistan verfolgt werden. Im ebenfalls schiitischen Iran, in dem rund zwei Millionen Afghanen, großteils Hazara, leben, geht es ihnen kaum besser: Dort betrieb Samir zwar ein Geschäft, aber nicht legal, weil er als Flüchtling keine Arbeitsgenehmigung hatte. Er liebte sich Geld, doch weil er als Hazara keinen Kredit bei einer Bank aufnehmen durfte, war er auf mafiose Kredithändler angewiesen. Die Wirtschaftslage verschlechterte sich, Samir konnte nicht zurückzahlen. Die Kredithändler stellten ihn vor die Wahl: Wenn er nicht zahlte, würden sie ihn als Söldner nach Syrien schicken – oder ermorden. Samir tauchte mit seiner Frau und den drei Kindern unter, 2015 floh er nach Österreich.

Es tut nichts zur Sache, dass Samir mittlerweile Deutsch spricht, in dem niederösterreichischen Dorf als bestens integriert gilt, Freunde hat und ehrenamtlich arbeitet. Wichtig ist, dass Samir bald in eines der gefährlichsten Länder der Welt deportiert wird. Selbst wenn er in dem Dorf mit niemandem ein Wort gesprochen oder den Supermarkt überfallen hätte, ist das nicht gerechtfertigt – sondern bleibt eine Menschenrechtsverletzung. Österreich hat in Afghanistan nicht einmal eine Botschaft, das Außenministerium warnt vor Reisen. Trotzdem hat Österreich in den ersten acht Monaten dieses Jahres 43 Menschen dorthin abgeschoben; 120 waren es im Vorjahr. Dass Samir nach seinem negativen Asylverfahren nicht sofort ausgereist ist, wirft

ihm das Bundesamt für Asyl- und Fremdenwesen in seinem Bescheid nun vor: „Dieses Verhalten zeigt schon, dass sie nicht gewillt sind, sich an die österreichische Rechtsordnung zu halten.“

Seit 2016 haben die EU und Afghanistan ein Abkommen, das Abschiebungen erleichtert. Afghanistan erhält dafür 1,2 Milliarden Euro Finanzhilfen. Samir würde sofort einen Pass bekommen, obwohl er nie dort gelebt hat und niemand kennt. „Ein Hazara, der in ein Gebiet zurückgeführt wird, in dem er keine festigten sozialen Bindungen hat, wird wahrscheinlich verarmen oder Ausbeutung und Plünderung zum Opfer fallen“, heißt es im Bericht der UNHCR zu Afghanistan (2016). Würde er nach Herat oder Mazar e-Sharif kommen, sei seine „Lebensgrundlage gesichert“, befindet hingegen das BFA. Nicht zuletzt, weil die „Vorfallshäufigkeit“ von Anschlägen „nicht so groß“ sei.

Zwei ähnliche Schicksale sorgen für Schlagzeilen: Am Montag wurde die Abschiebung des 22-jährigen Zia verhindert. Er lebt in einem Kloster in Langenlois. Auf einen Brief der Ordensschwester reagierte der Bundespräsident und setzte die Abschiebung aus. Und im November wurde der 20-jährige Hossein, ein Lehrling in Schladming, doch nicht abgeschoben. Er ist Hazara wie Samir, im Iran geboren. Der Fall wird nun neu aufgerollt.

Gut, dass die Politik reagiert und persönliches Engagement etwas bringt. Gut auch, dass der Nationalrat am Mittwoch ein Abschiebestopp für Asylwerber in Lehre beschlossen hat. Aber das ist nicht genug. Es reicht nicht, die Einzelschicksale von wohlintegrierten Menschen publik zu machen und darauf zu hoffen, dass sie verschont bleiben. Ein Recht auf faire Verfahren und Schutz vor Willkür, die in Afghanistan droht, haben nicht nur „Vorzeigeflüchtlinge“, sondern alle. Innenminister Wolfgang Peschorn muss die Abschiebungen nach Afghanistan sofort beenden. Es ist eine Schande für Österreich, sich der schwächsten, vielfach traumatisierten Mitglieder der Gesellschaft einfach zu entledigen.

Zur Autorin: Anna Goldenberg ist Journalistin und Autorin („Versteckte Jahre. Der Mann, der meinen Großvater rettete“, 2018, Paul Zsolnay) und lebt in Wien. Sie schreibt über Medien und Politik für den „Falter“ und die „Taz“.

“Es ist eine Schande für Österreich, sich der schwächsten Mitglieder der Gesellschaft einfach zu entledigen.“

Morgen in „Quergeschrieben“: Christian Ortner